

## Als deutsche Ministerin befürwortete Ursula von der Leyen den Atomausstieg: Jetzt fordert sie eine europaweite Renaissance der Kernkraft

An einer Konferenz hat die EU-Kommissions-Präsidentin den Atomausstieg als Fehler bezeichnet. Ihre Meinung zur Atomkraft schwankte aber im Laufe ihrer Karriere, und genau diese Haltung erschwert eine Wiedergeburt dieser Energie.

Daniel Imwinkelried, Brüssel 11.03.2026, 16.33 Uhr ⌚ 4 Leseminuten



EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen hat ein Problem: Europäische Firmen beklagen sich über die hohen Energiepreise und trauern der Atomkraft nach.

Wu Huiwo / Imago

In Europa ist Atomkraft umstritten, und entsprechend elektrisiert sie die Öffentlichkeit. Das war auch der Fall, als sich die EU-Kommissions-

Präsidentin Ursula von der Leyen am Dienstag in Paris zu dieser Energieform äusserte.

Bei einer Atomenergiekonferenz in Paris sagte sie, es sei ein «strategischer Fehler» gewesen, «einer zuverlässigen, erschwinglichen und emissionsarmen Energiequelle den Rücken zu kehren».

Diese Aussage hat Aufmerksamkeit erregt, weil sie auch eine Kritik am grössten EU-Mitgliedsland und von der Leyens Heimatland Deutschland ist. Dort sind am 15. April 2023 die drei letzten Atomkraftwerke (AKW) abgeschaltet worden. Das war die Folge des Atomausstiegs, den die schwarz-gelbe Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 beschlossen hatte.

## **Europas Industrie leidet unter hohen Energiepreisen**

Heute halten vor allem Firmen aus energieintensiven Branchen wie Stahl oder Chemie diesen Schritt für einen Fehler. Sie leiden unter den hohen Energiepreisen und sind überzeugt, dass diese niedriger wären, wenn in Deutschland noch Nuklearstrom produziert würde.

Die EU-Kommission und von der Leyen in ihrer jetzigen Funktion haben sich nie gegen die Nuklearenergie ausgesprochen, ganz im Gegenteil. Atomkraftwerke seien für gewisse EU-Länder wichtig, um die Energiewende zu schaffen und die Industrie am Laufen zu halten, betonte die EU-Kommission im Sommer 2025.

Nicht einmal 2011, als sich die Katastrophe in Fukushima ereignete, befürwortete Brüssel eine Abkehr von der Atomkraft. Damals forderte

der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger lediglich, die europäischen Atomkraftwerke einem Stresstest zu unterziehen.

Von der Leyen selber dagegen fuhr in ihrer Karriere bei der Atomfrage einen Zickzackkurs. Im Jahr 2011 sprach sie sich als deutsche Arbeitsministerin für den beschleunigten Atomausstieg aus.

Auch sie stand damals offensichtlich unter dem Eindruck der Katastrophe in Fukushima. Allerdings brachte von der Leyen auch einen Einwand vor. Das Ende der Atomkraft solle nicht auf dem Rücken der «kleinen Leute» erfolgen, sagte sie. So dürfe es nicht sein, dass diese die Energiewende über höhere Preise bezahlen müssten.

### **In Osteuropa ersetzt Atomkraft die Kohle**

Doch genau das geschieht heute teilweise. Auf ähnliche Weise hat von der Leyen auch die Energiewende weg von fossilen Brennstoffen und hin zu erneuerbaren Energien falsch eingeschätzt. Als sie als EU-Kommissions-Präsidentin Ende 2019 den «Green Deal» lancierte, verkaufte sie dem Publikum diesen Schritt als grosse Chance für die Wirtschaft. Wie viele andere Politiker verdrängte sie aber den Umstand, dass die ökologische Wende viel Geld kosten und manche getätigte Investition überflüssig machen wird.

Allerdings durchziehen Europa bei der Atomfrage tiefe Gräben. Gewisse EU-Länder besaßen nie ein AKW, beispielsweise Österreich. Dort steht bei Zwentendorf an der Donau die wahrscheinlich grösste Investitionsruine des Landes. In den 1970er Jahren ist das AKW gebaut worden. Es ging aber nach einer Volksabstimmung, bei der sich die Bürger 1978 gegen die Nuklearenergie aussprachen, nie in Betrieb.

Andere Mitgliedsländer haben dagegen schon immer stark auf diese Energieform gesetzt und wollen sie weiter forcieren. Das gilt besonders für Frankreich. Erst Ende Dezember 2024 wurde nahe Flamanville, einem Dorf an der Ärmelkanalküste, der 57. Atomreaktor des Landes feierlich ans Stromnetz angeschlossen.

Auch die Slowakei und Tschechien planen, neue Reaktoren zu bauen. Ungarn erweitert gerade ein bestehendes Werk. Und dann gibt es EU-Länder wie Polen, die den Einstieg in die Atomenergie vollziehen. In den 1980er Jahren war ein polnisches Projekt für den Bau eines AKW noch gescheitert. Jetzt treibt die Regierung ein neues Vorhaben voran. Polens erstes Kernkraftwerk soll an der Ostsee in der Nähe von Danzig entstehen.

Die Regierung hat im Frühjahr 2025 dafür mit den amerikanischen Firmen Westinghouse und Bechtel einen Vertrag unterschrieben. «Die Kooperation mit den USA auf dem Gebiet der Energieversorgung nimmt Fahrt auf», sagte Polens Ministerpräsident Donald Tusk damals.

Die Finanzierung der Anlage stellt für das Land allerdings eine Herausforderung dar. Das Projekt soll über 40 Milliarden Euro kosten, rund ein Drittel davon will der Staat beisteuern.

Für Länder wie Polen und Tschechien sei Atomkraft sinnvoll, sagen Energiefachleute. Der Schlüsselbegriff ist aus ihrer Sicht die «Grundlastenergie», also jener Strom, der rund um die Uhr täglich verbraucht wird. Kohlekraftwerke hatten diesen in Osteuropa jahrzehntelang zuverlässig geliefert, vor allem für die Industrie. Nun sollen Nuklearanlagen diese Rolle übernehmen.

## Den Investoren sind Atomkraftwerke zu riskant

Der Bau eines AKW ist allerdings in jeder Hinsicht ein Kraftakt. Das spüren momentan die Niederlande. Vor kurzem wollte die Regierung vier neue Werke bauen. Vorgesehen war, dass diese von privaten Investoren mitfinanziert werden sollen.

Diese zeigten allerdings kein Interesse, und die Niederlande gaben das Vorhaben auf. Abschreckend wirkte auf die Investoren erstens die lange Bauzeit der Anlagen, während deren die Projekte keine Rendite abwerfen.

Zweitens fürchten sie die schwierig zu prognostizierenden Rahmenbedingungen. Die Einstellung von Politikern und der Bevölkerung zur Atomkraft war schon immer schwankend – so wie sich auch Ursula von der Leyen im Laufe ihrer Karriere ganz unterschiedlich zu dieser Energieform geäußert hat.